



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/56 - 9.3.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Farnsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Primat der kirchlichen Trauung ?	S. 1
Das Schicksal der Arbeiterpriester in Frankreich	S. 3
Zur neuen Teuerungswelle	S. 4

Kirchlich gesegnetes Konkubinat ?

Von Pastor Heinrich Albertz, Hannover
Niedersächsischer Sozialminister

Zuerst erschienen die Pressemeldungen kaum glaublich. Aber nun liegt das Corpus delicti, amtlich mit Stempeln und Unterschriften versehen, als Bundesdrucksache Nr.55/54 auf meinem Schreibtisch: "Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Personenstandsgesetzes".

Der Text dieses Gesetzes ist in fast allen seinen Paragraphen für die Öffentlichkeit uninteressant. Wichtig ist die schlichte Ziffer 56, in der ein Paragraph des alten Personenstandsgesetzes von 1937 gestrichen wird, in dem diejenigen mit Strafen bedroht werden, die die religiöse Feierlichkeit einer Eheschließung vornehmen, "bevor die Ehe vor dem Standesbeamten geschlossen ist".

In der amtlichen Begründung für diese Streichung führt die Bundesregierung aus: "Diese Strafbestimmung ist Gegenstand heftiger Kritik geworden, insbesondere seitens der Kirchen". Eine erstaunliche Tatsache. Wer hat denn außer den Kirchen kritisiert? Haben beide Kirchen, d.h. auch die evangelische Seite, irgendeinen Anstoß an dieser Strafbestimmung erhoben? Oder sind hier nicht wieder in schauerlicher Verwechslung oder Gleichmacherei die einander völlig entgegengesetzte katholische und evangelische Auffassung einfach in einen Topf geworfen worden? Für die

katholische Kirche ist die Ehe ein Sakrament. Es war einer der Hauptan-
stöße der Reformation, daß sie dieses Sakrament als in der Heiligen
Schrift unbegründet verwarf, und der frühe Luther hat, im Gegensatz zu
dieser sakramentalen Auffassung der Ehe, die Trauung sehr deutlich als
ein weltliches - wir würden heute sagen: als ein bürgerliches - Rechts-
geschäft angesehen und es darum vor die Kirchentür vorlegt. Es wird al-
so schon bei diesem ersten Satz der Begründung notwendig sein, daß die
Bundesregierung die von ihr zitierte Kritik offen vor uns ausbreitet.

Aber dann geht es sehr viel ernster weiter: "Da die bürgerlichen
Wirkungen der Ehe erst mit der Eheschließung vor dem Standesbeamten ein-
treten, ist zu erwarten, daß die Verlobten im eigenen Interesse und im
Interesse der zu erwartenden Kinder die standesamtliche Eheschließung
nicht unterlassen werden. Allerdings werden bei Wegfall der Strafvor-
schrift einige Fälle übrig bleiben, in denen lediglich eine kirchliche
Trauung vorgenommen wird, die "Ehegatten" also nur nach kirchlichem,
nicht nach bürgerlichem Recht verheiratet sind. Diese muß hingenommen
werden".

Wie seltsam. Wir erlebten in den letzten Wochen und Monaten mit im-
mer größeren Bedenken die Feldzüge des Herrn Bundesministers Würmeling
zur Rettung der angeblich so bedrohten Familie und zur Wahrung von Sit-
te und Moral. Nun wird hingenommen, daß es einzelne - wieviel einzelne,
Herr Würmeling? - geben wird, die nur zum Pfarrer, ganz sicher nur zum
katholischen Pfarrer, gehen werden, denn das kanonische Recht hat ja
niemals die bürgerliche Eheschließung als im kirchlichen Sinne recht-
setzend angesehen. Die treuesten Anhänger aber dieser Auffassung werden
dann den Weg zum Standesamt vermeiden, auf Kosten und auf dem Rücken ih-
rer Kinder. Vor dem kanonischen Recht sind diese Kinder ehelich, ob sie
vor dem bürgerlichen, unheiligen Recht unehelich sind, wird diese treu-
en Seelen sicher nicht interessieren, und streitbare Kapläne werden in
ganz Westdeutschland durch die kleine Tür der Streichung dieses Para-
graphen sicher das zu erreichen versuchen, wozu man im Vorschlag der
Bundesregierung bisher noch nicht den Mut gehabt hat: die Zivilehe prak-
tisch abzuschaffen oder die kirchliche Trauung an die Stelle eines bür-
gerlichen Rechtsgeschäftes zu setzen.

Es ist aufs höchste befremdend, wie eine Bundesregierung mit Mehr-
heit - oder womöglich noch einstimmig - den gesetzgebenden Körperschaf-
ten einen solchen Vorschlag machen kann. Der Damm des bürgerlichen Per-
sonenstandsrechtes bleibt zwar erhalten, aber durch das kleine, kaum
sichtbare Loch der Streichung des Paragraphen 67 strömt nun die schwar-
ze Flut in unser bürgerliches Recht ein.

Gefährliches Tat-Christentum

Jg. Die Anweisung maßgebender kirchlicher Stellen in Frankreich an die Arbeiter-Priester, ihre bisherige Lebensform als Arbeiter aufzugeben, hat auf weiteste Kreise der Arbeiterschaft in aller Welt wie ein Schock gewirkt. Das wahr. Gesicht eines kapitalistischen Klerikalismus und einer bürokratisierten Kurie kam dabei wieder zum Vorschein, nachdem sich jahrelang eine Reihe junger idealistischer Priester bemüht hatte, als Arbeiter unter Arbeitern lobend, eine christliche, gültige Lösung in der Existenzfrage des Proletariats zu finden. Daß diese e h r i s t l i c h e Lösung der Existenzial-Problematik der Arbeiterschaft nicht in einer nur-seelsorgerischen Tätigkeit gefunden werden konnte, darüber waren sich die Arbeiterpriester in dem Moment völlig im klaren, als sie selbst unter den Lebensbedingungen des Arbeiters existieren mußten.

Kein Wunder, daß sie Mitglieder und Funktionäre von Gewerkschaften wurden und sich auch an Streiks und Demonstrationen beteiligten. Das Antwortmanifest von 78 aus ihrer Mitte bekannte sich zur totalitären Solidarität mit den Arbeitern und ihrem "gerechten Kampf gegen den Kapitalismus".

Diese 103 französischen Priester lebten ein Christentum der Tat; sie erkannten, wieviel Theaterchristentum in einem Nur-Kanzelchristentum liegt und zogen die Konsequenzen daraus. Unter Verzicht auf Pfründen, Renten und finanzielle Unterstützung vonseiten ihrer Gläubigen nähren sie sich durch Fleiß von dem Ertrag ihrer Hände Arbeit. So lernten sie die Leiden und Sorgen der Arbeiter verstehen. Ein solches Leben, eine solche Einstellung mußten von einem Kapital-fundierten Klerus als grundsätzliche Gefahr angesehen werden. Wie, wenn dieses Unternehmen ehrlicher Idealisten Schule gemacht hätte? Wenn in Zukunft zum Beispiel nun auch der Bauern-Pastor sein Kirchengut selbst bestellen wollte? usf. Das Nur-Kanzel-Christentum war in allerhöchster Gefahr. Das wurde nun erkannt.

Der 1. März brachte die Vernichtung des französischen Arbeiter-Missionarats durch die römische Kurie. Was nach deren Verfügung noch übrig bleibt, darf nicht mehr als Arbeiter-Priestertum angesprochen werden. Daß sich die Tätigkeit als 48-Stunden-Arbeiter und Gewerk-

schaftler, sowie das Leben unter den Existenzbedingungen des Arbeiters, "nicht mit der Würde eines Priesters vereinbaren ließe", kennzeichnet am deutlichsten die ganze Verachtung, die von dieser Seite den Belangen des Proletariats entgegengebracht und mit welchem Hochmut hier seiner kulturnotwendigen Leistung begegnet wird. In der französischen Arbeiterschaft wird man jetzt wissen, woran man mit der Kirche ist und die Kirche sollte sich nicht wundern, wenn die radikalen Strömungen in der Arbeiterschaft neuen Auftrieb erhalten.

+ + +

Spott mit dem "gesunden Menschenverstand"

b. Margarine, Kaffee, Kakao, Schokolade, Tee, Seife, die Mieten und zum Teil auch Teigwaren sind schon teurer geworden, andere Güter und Dienstleistungen werden folgen, wie die Hausbrandkohle, die Postgebühren, Textilien und die Sozialtarife bei der Bundesbahn. Die Bundesregierung nahm die für das Leben der kleinen Leute bedrückenden Vorgänge zunächst überhaupt nicht zur Kenntnis, während sie vor den Wahlen nicht genug an irreführendem Propagandamaterial auf den Markt werfen konnte, wenn beispielsweise durch Anträge der Sozialdemokratie die Kaffeesteuer und damit die Kaffeepreise gesenkt wurden. Die "freie" Wirtschaft unterstützte sie weidlich in diesem Bemühen; so hat es eine große Kaffeefirma sogar fertiggebracht, die Hausfrauen aufzufordern, Dankadressen anlässlich der Kaffeesteuersenkung an Bundesfinanzminister Schäffer zu richten: ausgerechnet an den erbittertesten Gegner dieser Steuersenkung ...

Aber jetzt, wo alles teurer wird, schweigt man sich aus, besonders der Wirtschaftsminister. Das einzige, was vorliegt, ist ein offizieller Kommentar, der seinesgleichen sucht. Er beginnt:

"Gegen die in letzter Zeit immer mehr zutage tretende Ansicht, daß in der Bundesrepublik eine neue Teuerungs-
welle aufgetreten sei, wendet man in der Bundesregierung ein, daß Preissenkungen jedermann als selbstverständlich hannahme".

Den fehlenden Halbsatz getraut man sich freilich nicht hinzuzufügen, daß man dann auch Preissteigerungen in Kauf nehmen müsse.

Dann folgen statistische Berechnungen, die wohl auf dem Papier, aber nicht in den Börsen der Hausfrauen beweisen, daß das Leben gegenüber 1951 billiger geworden sei - als wenn der Preisauftrieb anlässlich des Koreabooms ein Maßstab wäre!

Der Schluß des Regierungskommentars erreicht den folgenden Gipfel:

"Abschließend wird betont, daß es der Verbraucher in der sozialen Marktwirtschaft zu einem großen Teil selbst in der Hand habe, das Verhältnis der Preise zu bestimmen. Er müsse die Augen offen halten und mit Verstand die Preise vergleichen, Waren auswählen und das Preiswerteste bevorzugen. Dadurch zwingt er Hersteller und Händler zum Wettbewerb, und je mehr Wettbewerb herrsche, umso niedriger seien die Preise. Die Wirtschaft diene dem Verbraucher, aber sie verlange von ihm, daß er seinen gesunden Menschenverstand gebrauche".

Der Verbraucher ist also selbst schuld. Man redet vom Wettbewerb in einer Zeit, in der "Marktordnungen", sprich Kartelle, wie Pilze aus dem Boden schießen und "Frühstückskartelle", die die Preise bestimmen, an der Tagesordnung sind. Was nützt dem kleinen Verdienner oder dem Rentner auch ein gut entwickelter gesunder Menschenverstand, wenn selbst der "billigste" verteuerte Kaffeepreis so hoch ist, daß er ihn nicht erschwingen kann? Er muß zum "Muckefuck" zurückkehren und das Täschchen echter Tee muß wieder durch Pfefferminztee oder Kakao-schalen ersetzt werden. Der gesunde Menschenverstand reicht gerade aus, um auf Butter zu verzichten und die billigste Margarine zu kaufen.

Das alles bietet man nach den Wahlen den Minderbemittelten, anstatt ihnen zum Beispiel endlich die versprochenen Rentenerhöhungen zu gewähren, die nach den Preissteigerungen höchstens den bisherigen niedrigen Lebensstandard sichern könnten. Vor den Wahlen billige und viele Versprechungen, nach den Wahlen ebenso billige und geschmacklose Scherze. Die Mehrzahl der CDU-Wähler vom 6. September hat dies sicher nicht mit ihrer Stimmabgabe gewollt. Aber erreicht hat sie es.

Verantwortlich: Peter Raunau